

Das Wort des Jahres

Wer schweigt,

macht sich schuldig

Möglich war dieses sich als "Einigung" vieler gesellschaftlichen Kräfte produzierende Zusammenkommen bei einer sich "Gemeinsam gegen Gewalt" schimpfenden Demonstration, die an Inhaltsleere nicht zu übertreffen war. Mit dem allerkleinsten gemeinsamen Nenner - "Wir sind gegen die offenbar rechtsextremistisch motivierte, aber doch Einzeltäterisch vollzogene Ermordung von Menschen aus anderen Ländern." - können sich wahrscheinlich nahezu alle auf irgendeiner Ebene anfreunden: Michael Kühnen hätte - wenn er noch unter den Lebenden weilen würde - vielleicht nicht gerade teilgenommen, aber die ExponentInnen der "Neuen Rechten" oder der todesstrafensüchtige Gerhard Frey hätten bestimmt keine Probleme damit: "Die AusländerInnen müssen ja nur draussen bleiben und ihre dreckigen Füße außer unter rein touristischen und damit befristeten Zwecken nicht auf das Deutsche Reich setzen, dann passiert ihnen auch nichts!"

War das die von Marcuse bereits in den 60er Jahren prophezeite Manifestation des repressiv-toleranten Staates, der - um das "revolutionäre Potential" der Individuen des eindimensional-technologischen und politisch-rationalen Gesamtsystems im Zaum halten zu können - bestimmte Freiräume einrichtet/einrichtet läßt, die solange geduldet werden, solange sie kontrollierbar, überschaubar, eliminierbar und damit gesellschaftlich irrelevant sind, aber die Interessen, Bedürfnisse einiger weniger "Radikaler" doch bis zu einem gewissen Grade befriedigen/leerlaufen lassen. Oder war das Ganze der postmoderne, nachkapitalistische Ausdruck des Nebenherexistierenkönnens grundsätzlicher Widersprüche: Denn nicht nur die mit dem modrigen Gestank des Biedermänner/frauentums umhüllten BrandstifterInnen/HeuchlerInnen waren auf die Straße gegangen, um ihren kläglichen Humanismus auszukotzen, der sich erst bei der endlich einmal perfekt in die Tat umgesetzten Ermordung von Mitmenschen regt, die als SteuerzahlerInnen an "unserem" Wohlstand beteiligt sind, sondern auch - und das soll jetzt wirklich nicht metropolenzentristisch-ignorant gemeint sein - Sinti & Roma, AntimperialistInnen, kritische KurdInnen, Pro-Asyl-gruppen, Bleiberecht für alle/-Jede Flucht ist politisch - Initiativen, ... mit Ausnahme der sich von dieser zynischen "Zusammenballung" abkoppelnden autonomen Antifa HD und einer aus dem bundesweiten HD-Treffen herausmobilisierten Gruppe von Frauen/Lesben, die - völlig abgetrennt von der offiziellen Demo - voller Power durch die Straßen zog.

Sollen wir - und damit meine ich jetzt ganz grob und oberbegrifflich-parolenhaft bestimmt die sich außerparlamentarisch, staatlich unabhängig organisierenden, basisdemokratisch-konsensuell funktionierenden, sozial bewegten, antihierarchisch aufgebauten, antisexistischen, antifaschistischen, antikapitalistischen revolutionären Kräfte - in Zukunft dazu gezwungen sein, uns bei medienwirksamen, beschönigenden, tatsachenverzerrenden Massenansammlungen den uns Knebelnden, Beherrschenden, Unterdrückenden anzubiedern, um unsere Inhalte überhaupt noch in einem nennenswerten Rahmen an den Mann/Frau bringen zu können?

Dann würde der Rechtsruck wirklich greifen; und zwar nicht nur bei der SPD, den Grünen, den BürgerInnen-Initiativen, den asylfeindlichen Basiskomitees: Nein, auch bei uns (?). Dann hätten wir uns eingereiht in die Einheitsfront aus Faschismus, Rassismus & Sexismus. - Und das wollten wir doch eigentlich immer verhindern, oder? Jedenfalls frage ich mich heute: Wo war ich da eigentlich ?

M.D. im Dezember 1992

"Das Wort des Jahres 1993 könnte 'Beileidstourismus' werden" (Aida Daidzic)

Seit Dezember 92 gibt es in Heidelberg eine Privatinitiative Heidelberger Frauen, die den vergewaltigten Frauen und Mädchen in Bosnien vor Ort helfen wollen. In verschiedenen Arbeitsgruppen versuchen die Frauen, Kontakte zu Frauengruppen in Bosnien und Kroatien zu halten, in Deutschland sollen Prominente zu öffentlichen Stellungnahmen und Benefizveranstaltungen bewegt werden. Das Frauenamt der Stadt unterstützt die Arbeit der Initiative, hat ein Spendenkonto eingerichtet und ein Projekt ausgesucht, daß bei Aufbau von dezentraler und übernationaler Hilfe für die betroffenen Frauen unterstützt werden soll.

Wichtig sind Sach- und Geldspenden, vor allem aber, daß das, was in Bosnien passiert, öffentlich wahrgenommen und politischer Druck ausgeübt wird. Deshalb plant die Initiative als nächste große Aktion zusammen mit anderen Frauengruppen am Samstag, 13.2.93 eine **Frauendemonstration in Bonn**.

Als Forderungen hat die Heidelberger Initiative formuliert:

- * sofortige Auflösung der Vergewaltigungs- und Todeslager
 - * Anerkennung von Vergewaltigung als Kriegsverbrechen
 - * Anerkennung von Vergewaltigung als Flucht-, Asyl-, und Migrationsgrund für Kinder und Frauen
 - * Aufhebung der Visumpflicht für alle Betroffenen
 - * Garantie der Wahlmöglichkeit für die Frauen über Schwangerschaftsabbruch oder -fortsetzung
 - * Einsatz einer UN-Sonderbotschafterin für die Rechte der Frauen
 - * Einsatz einer UN-Sonderkommission von Fachfrauen vor Ort
 - * sofortige umfangreiche Hilfsmaßnahmen.
- Also: Fahrt in schwarzer Kleidung hin und demonstriert gegen den systematischen Einsatz von Vergewaltigung als Kriegswaffe!

AFLR

Kontakt (für Frauen die in der Initiative mitmachen wollen und/oder Mitfahrgelegenheiten zur Demo organisieren): Amt für Frauenfragen, Theaterstr. 11, Tel. 581551/2/3 oder Sabine Teuber, Tel. 410911. Spendenkonto: BSK Heidelberg BLZ 672 500, Konto Nr. 44 0 40



Sterndemonstration gegen Ausländerfeindlichkeit am 30.1.1993

Die Auftaktkundgebung findet um 11 Uhr in Walldorf vor dem Rathaus und in Wiesloch auf dem Marktplatz statt. Um 12 Uhr setzen sich die beiden Demonstrationzüge in Richtung Asylbewerberheim/Gewerbegebiet Weinäcker (Nähe Staatsbahnhof) in Bewegung, wo um 13 Uhr die Abschlußkundgebung stattfindet. Außerdem spielen beim Rock gegen Rechts am 29.1.1993 ab 18 Uhr Pig Sty (Hard Rock), Labbl Trouble (Blues & Southern Rock), Magpie (Mystischer Rock), Chicken George (70er Rock & Soul und Fatal Function (Soul, Funk) in der Aula des Gymnasiums Wiesloch. Fortgesetzt wird das Konzert wird am 30.1.1993 um 18 Uhr



„Natürlich war es kaltblütiger Mord, Sie Idiot!... Ich bin ein Reptil!“

mit Kraichgau Overdrive (Blues, Rock), Organic Chill-Out (Funk-Metal-Trash), Papa & the News (Blues, Soul & Rock'n'Roll), Zap Gang (Mainstream Rock) und Souled Out (Soul).

Die Lichterketten von München, Hamburg usw., die Rockkonzerte von Köln und Frankfurt - das waren deutliche Signale gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Der Erfolg dieser Aktion war nicht zuletzt darin begründet, daß eine große Gemeinsamkeit hergestellt werden konnte, von Bürgern, jung und alt, von Medien, von Stadtverwaltungen, Künstlern und vielen anderen. Was in Großstädten möglich war, sollte in tausenden und abertausenden von Kleinstädten im ganzen Land erst recht nicht unmöglich sein! In Wiesloch und Walldorf wollen wir uns konsequent in diese Bewegung einreihen. Dennoch: Der rechtsradikale Terror weitet sich immer mehr aus. Die Übergriffe werden von Tag zu Tag brutaler, die Täter machen auch vor Mord nicht halt. Betroffen sind nicht nur Ausländer und Asylbewerber, sondern mittlerweile auch deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens, Homosexuelle, Behinderte und Andersdenkende. Mitbereitet wird dieser Boden physischer Gewalt von all denen, die diese Intoleranz klammheimlich unterstützen oder der Gewalt offen Beifall klatschen.

Gerade der 60. Jahrestag der faschistischen Machtübernahme am 30. Januar mahnt uns, daß sich die Geschichte nicht wiederholen darf. Es liegt an uns, Widerstand gegen die Verbreitung von Rassismus und Haß zu entwickeln. Angst darf uns nicht daran hindern, Zivilcourage zu zeigen.

Antifaschistisches Aktionsbündnis Wiesloch/Walldorf

"Kritische Tage"

Die Idee für die "1. Kritische Tage" entstand aus dem SchülerInnen- und StudentInnen-Streik im Sommer 1989. Heuer kommen wir in das Jahr 4 nach dem Streik und die "Kritischen Tage" gibts immer noch...

Diese Tatsache spricht unserer Meinung nach dafür, daß das Konzept der "Kritischen Tage" doch "ganz akzeptabel" sein muß. Denn nach wie vor sind wir davon überzeugt, daß zu viele relevante Themen aus dem Studium ausgeschlossen sind bzw. keinen Platz im Lehrplan finden!

Dazu gehören neben aktuellen Themen auch solche, bei denen die Wissenschaft in der gesellschaftlichen Diskussion zu wenig bzw. gar keine Stellung bezieht. Für solche Themen wollen die "Kritischen Tage" einen Rahmen bieten, der in erster Linie von Studierenden ausgefüllt werden kann und soll.

Hier können gesellschaftlich kritische Themen in Form autonomer Seminare von Studierenden selbst erarbeitet und diskutiert werden.

Weiterhin ist die Möglichkeit vorhanden, bestehende Themen unter Zuhilfenahme neuer oder bislang unberücksichtigter Methoden zu betrachten.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der "Kritischen Tage" ist außerdem (fast schon traditionell) die Darstellung des "Lebensraumes Uni". Weil die Uni Lebensraum ist, mit all seinen Höhen und Tiefen für alle, die in ihm leben und arbeiten, gibt es auch in diesem Jahr wieder interessante Veranstaltungen und Workshops zu diesem Thema.

In diesem Sinne laden wir alle Interessierten zum Zuhören, Mitmachen, Austauschen, Leben,

.....

Streiten, Mitfeiern, Verständigen, Informieren, Lachen und Nachdenken ein. Bis dann,

der AK "Kritische Tage"

unilini

Seite 9

Das Berliner Kunstgewerbemuseum

Das Berliner Kunstgewerbemuseum entstand 1867 ursprünglich mit der Zielsetzung, Handwerker mit Beispielen zeitgenössischer Kunst vertraut zu machen. Unter der Leitung von Julius Lessing wurde dieser Gedanke erweitert: Die Lehranstalt sollte auch gleichzeitig für die breite Öffentlichkeit geöffnet werden. Mit einer allgemein zugänglichen Ausstellung von Leihgaben aus königlichem Besitz und anderen bedeutenden Sammlungen wurde 1872 ein großer Erfolg erzielt. Kurz danach wurde durch den Ankauf des Lüneburger Ratssilbers mit ein Grundstein für die heute sehr wichtige Mittelaltersammlung gelegt. Sie erfreut sich, insbesondere durch die aktuelle Ausstellung des Quedlinburger Schatzes, der vor seiner Rückführung nach Quedlinburg inmitten anderer bedeutender Exponate gezeigt werden kann, einer gewissen Publizität.

Neben diesen Sammlungsschwerpunkten ist in den letzten Jahren ein weiterer getreten. Mit der Übernahme der Museumsleitung durch Frau Professor Barbara Mundt erfährt vor allem das Kunstgewerbe des 20. Jahrhunderts besondere Berücksichtigung.

Am Donnerstag den 28. Januar um 20.00 im Hörsaal des Kunsthistor. INSTITUTS; Seminarstr. 4 findet ein Vortrag von Kerstin Mosler-Hertz mit dem Titel: "Das Kunstgewerbemuseum in Berlin" statt. Kerstin Mosler-Hertz ist Mitglied des Kunstgewerbemuseums.

Mittwoch

Mi, 9-11 UHR EWS R 130
 PädagogInnen und Selbstbild!?
 Kirsten Fuchs

Mi 11-13 UHR EWS R 107
 Mensch ärgere Dich I
 Andreas Dohrn

MI 14-16 UHR EWS R 130
 Angst und Mutlosigkeit im Sozial- und Geisteswissenschaftlichen Studium
 Anja Christiani und Bianca Blaf

MI 14-17 UHR PI GR Exp.
 Gewalt - Macht - Gesellschaft
 Dietmar Seiler (ev. Pfarrer)

MI 16-18 UHR EWS R -124
 Rechtsextremismus und moralische Entwicklung
 Micha Brumlik

MI 16-18 UHR EWS HS 005
 Dieser Traum ist mir entschunden
 Ein Film von Marc Böhmman

MI 16-18 UHR PI UR E
 Sehnsucht nach Liebe
 Michael Bried

MI 17-19 UHR PI UR C
 Wagenburg als alternative Lebensform
 Die WagenburglerInnen

MI 19.30 UHR Neue UNI HS 14
 Podiumsdiskussion:
 Schattenseiten politischer Sozialisation - zur Entstehung rechtsextremer Orientierung Jugendlicher
 Prof. Dr. W. Heitmeyer,
 Prof. Dr. R. M. Lepsius
 Prof. Dr. M. Brumlik
 Moderation: Dr. F-U Kolbe

Donnerstag

Do 9-11 UHR EWS R 107
 Mensch ärgere Dich II
 Andreas Dohrn

DO 9-12 UHR PI UR D
 Geschlossene Gesellschaft
 Knast-AK der aESG

DO 10-13 UHR PI GR Exp.
 Das Psychologie-Studium der Zukunft
 Kade, Eric, Robert und Jörg

DO 11-13 UHR EWS R 007
 Internationales Kommunikations- und Beratungszentrum für eingewanderte Frauen und Mädchen

DO 14-17 UHR EWS R 107
 Workshop "Handeln wider die Gewalt im Alltag"
 Renate Wanie, Werkstatt für gewaltfreie Aktion

DO 14-16 UHR PI GR Soz.
 I. Akademische Religionspsychologie
 Karin Gebhard-Jansen

DO 16-18 UHR EWS R 130
 Ich will nichts weniger als das Paradies (zurück)
 Ulrike Kehl

DO 16-18 UHR PI GR Soz.
 II. Die Psychologie der spirituellen Erfahrung
 Elke Bracht

DO 17-20 UHR EWS HS 005
 Wahrheit macht frei!
 AntiFa-AK

DO 18-20 UHR PI GR Exp.
 Jugend in Kreuzberg
 Schrägspur-Film

Freitag

FR 10-13 UHR PI UR C
 Z.B. Fernsehen: Wie die Psychologie gesellschaftlich relevante Themen angehen könnte
 Robert Rodewald

FR 11-13 UHR EWS R 107
 Mensch ärgere Dich III
 Andreas Dohrn

FR 11-13 UHR PI GR Exp.
 Gewalt durch Sprache
 Mädchenhausinitiative Heidelberg

FR 14-16 UHR EWS R 107
 Aggression in der Schule
 Richard Druck

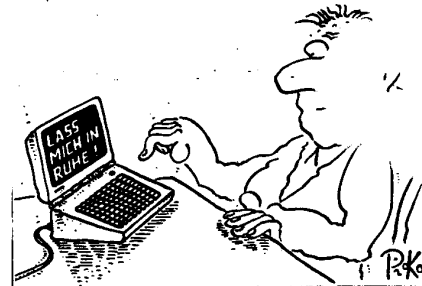
FR 14-16 UHR PI GR Exp.

Frauenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland
 Annett, Kirsten und Yvonne

FR 16-18 UHR EWS R 007
 Die multikulturelle Versuchung
 Doron Kiesel

FR 20.00 UHR EWS Untergeschoß
 "Kritische Tage Fete"

Mittwoch bis Freitag:
 Kritische Tage Café im EWS mit Info-stand der Aktion Flüchtlingshilfe für Kroatien



IPW - Forum

"Politik in der Bundesrepublik Deutschland nach der Vereinigung" ist in diesem Semester das Oberthema des traditionellen IPW-Forums, das der Fachschaftsrat am Institut für Politische Wissenschaft (IPW) veranstaltet. Dabei sollen die gegenwärtige Innenpolitik und die Folgen des Einigungsprozesses aus politikwissenschaftlicher Sicht beleuchtet werden.

Über "Lernen unter Unsicherheit. Politik und Organisationsentwicklung der Treuhandanstalt" spricht Politologe Prof. Wolfgang Seibel aus Konstanz am Donnerstag, 28.1. (19.30 Uhr in der Heuscheuer I).

"Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland nach der Vereinigung" ist das Thema des Vortrages des Mannheimers Prof. Max Kaase am Donnerstag, 4.2. um 19.00 Uhr in der Heuscheuer I).

Zum Abschluß des Forums referiert am Freitag, 5.2., Prof. Gerhard Lehbruch aus Konstanz über "Politische Ökonomie in Ostdeutschland - sektorale Variationen" (um 16.15 in der Heuscheuer II).

Bereits letzte Woche stellte Prof. Wolfgang Rensch vom Finanzministerium in Brandenburg seine Sichtweise über die Eingliederung der neuen Bundesländer in die bundesstaatliche Finanzverfassung als - bisher ungelöste - finanzpolitische Aufgabe des Einigungsvertrages vor.

Die Heuscheuer ist groß, die Themen brandaktuell - die Fachschaft am IPW lädt herzlich ein!

Stefanie

IMPRESSUM

**UNIMUT - Zeitung an der Uni
Heidelberg**

Nr. 47 28. Januar '93

UNIMUT erscheint: alle 2 Wochen(!)

Redaktionsschluß: Montags, 14⁰⁰ Uhr

Mitarbeit diesmal: Oli, Kirsten, Christiane, Tobias Köhler, Michaela, Wagenburg, Schall und Rauch, Lateinamerikaninitiative, Öko-Gruppe, AK Kritische Tage, M.D., Stefanie, Marcus

Druck: Druckwalze GdbR

Auflage: 2500

LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.i.S.d.P: F(ach)S(chäfts)K(onferenz)
Lauerstraße 1
6900 Heidelberg
Tel.: 06221/542456/7

Termine

Donnerstag, 28.01.

- 18.00 Dia-Show zur Sternradtour zum Umweltfestival in Magdeburg, BUND-Jugend, Uniplatz.
- 19.30 Vortrag "Lernen unter Unsicherheit. Politik und Organisationsentwicklung der Treuhandanstalt" Prof. Wolfgang Seibel (Konstanz), IPW-Forum, Heuscheuer I.
- 20.00 Vortrag: "Das Kunstgewerbeuseum in Berlin" von Kerstin Mosler-Hertz, Hörsaal Kunsthistorisches Institut, Seminarstr. 4.
- 20.00 Stadtgespräch Ausländerpolitik, DAL, Sophienstr. 12.
- 21.00 Vorbesprechung zur nächsten Sommeruni, ZFB, Lauerstr.1.
- 20.00 Film: Sehnsucht nach Sodom von Kurt Raab; FI Jura; Meue Uni, HS 13

Freitag, 29.01.

- 18.00 Konzert "Rock gegen Rechts", Antifaschistisches Aktionsbündnis Wiesloch/Walldorf, Aula Gymnasium Wiesloch.

Samstag, 30.01.

- 11.00 Demo gegen Ausländerfeindlichkeit, Wiesloch: Marktplatz, Walldorf: Rathaus.
- 18.00 Konzert "Rock gegen Rechts", Fortsetzung vom Vortrag.

Mittwoch, 03.02.

- 18.15 Vortrag "Der Orientaler Gustav Bauernfeind 1848-1904", Prof. Alex Carmel (Haifa), Hochschule für jüdische Studien, Friedrichstr. 9, Hörsaal.
- 19.30 Diskussion "Der 'neue' §218 - Chance oder Gefahr?", Veranstaltung der FS Jura, Heuscheuer, Hörsaal II.

Donnerstag, 04.02.

- 19.00 Vortrag "Das Parteiensystem der BRD nach der Vereinigung", Prof. Max Kaase (Mannheim), IPW-Forum, Heuscheuer I.

Freitag, 05.02.

- 16.00 Vortrag "Politische Ökonomie in Ostdeutschland - sektorale Variationen", Prof. Gerhard Lehbruch (Konstanz), IPW-Forum Heuscheuer II.

Montag, 08.02.

- 20.00 ALINEINEM, Jüdische Lieder und Klezmer; Veranstaltet v. der Initiative f. ein Kulturcafé; Marstallsaal

Dienstag, 09.02.

- 20.00 Dichtung sprechen-Dichtung hören: Heinrich Böll-ein Moralist und Humanist; Aula der Alten Universität, Grabengasse 1

Mittwoch, 10.02.

- 19.30 Vortrag "Grenzgänger über Grenzgänger: Max Webers 'Wissenschaft als Beruf' - Heute", Prof. Friedrich Tenbruck (Tübingen), Veranstalter: Interdisziplinäres Forum Heidelberg, Neue Uni, HS 9.

Freitag, 12.02.

**ANTIRASSISTISCHES NOTRUF UND INFOTELEFON
HEIDELBERG**

Die Kette von Übergriffen und Überfällen auf Flüchtlinge und AusländerInnen reißt nicht ab. Der Rassismus ist in Deutschland zu einer ganz alltäglichen Erscheinung geworden. Auch Heidelberg und Umgebung sind vom Terror rassistischer Banden nicht verschont geblieben. Dennoch fand die Initiative zur Einrichtung eines Antirassistischen Notruf- und Infotelefon ein breites Interesse. Ähnliche Einrichtungen bestehen bereits in anderen Regionen und Städten, z.B. in Hamburg, Berlin, Frankfurt/M. oder Nürnberg.

Einige organisatorische Elemente dieser Notruftelefone ließen sich auf die Situation in Heidelberg übertragen und wurden übernommen. So ist das Notruf- und Infotelefon eine selbständige, unabhängige Einrichtung, die von den beteiligten Gruppen getragen wird. Alle grundsätzlichen Entscheidungen werden auf dem monatlich stattfindenden Plenum getroffen. Die Teilnahme am Plenum ist auch Voraussetzung für die Mitarbeit beim Antirassistischen Notruf- und Infotelefon. Inzwischen haben sich eine ganze Reihe unterschiedlicher Gruppen und Initiativen verbindlich zur aktiven Mitarbeit bereit erklärt.

Nach Abschluß der notwendigen Vorbereitungen ist das Notruf- und Infotelefon seit dem 15. Januar 1993 im Einsatz. Es ist täglich von 19 Uhr abends bis 7 Uhr morgens mit einem Wachdienst besetzt. In der übrigen Zeit ist ein automatischer Anrufbeantworter geschaltet, auf dem ebenfalls Informationen und Anfragen hinterlassen werden können.

Das Hauptmerkmal des Notruftelefons ist die Organisation einer Telefonkette. Im Fall einer Notruffsituation, wie dem Überfall auf ein Flüchtlingswohnheim, sollen in kurzer Zeit möglichst viele Menschen mobilisiert und informiert werden. Es geht darum einen aktiven Schutz für Menschen aufzubauen, die von Nazis und Rassisten bedroht werden, um Übergriffe nach Möglichkeit zu verhindern. Eingehende Notrufe werden vom Wachdienst grundsätzlich zur Überprüfung weitergeleitet. Erst danach wird gegebenenfalls über ein bereits feststehendes Netz die Telefonkette ausgelöst. Die Grundlage für ein gemeinsames (Re)Agieren ist die gegenseitige Akzeptanz der beteiligten Gruppen untereinander. Im Fall eines Übergriffes auf ein Flüchtlingswohnheim liegt die Priorität auf verantwortungsvollen, deeskalierenden und gewaltfreien Schutzmaßnahmen. In einer Notwehrsituation bestimmen die einzelnen Gruppen die Art und den Umfang ihrer Selbstverteidigung eigenständig.

Neben dem Notrufcharakter bietet der Aspekt des Infotelefon vielfältige weitergehende Möglichkeiten. Alle Informationen zum Thema Antirassismus/ Antifaschismus werden entgegengenommen und an Interessierte weitergegeben oder veröffentlicht. Das Infotelefon soll sich zu einem Schnittpunkt unterschiedlicher antirassistischer Aktivitäten in Heidelberg und Umgebung entwickeln. Es ist deshalb vor allem auf Informationen der in diesem Bereich tätigen Menschen angewiesen.

Zur Finanzierung des Aufbaus und der Aufrechterhaltung bittet das Antirassistische Notruf- und Infotelefon auch um Spenden auf umseitig genanntes Konto (steuerlich absetzbar). Interessierte wenden sich bitte direkt an die Notruftelefonnummer oder schriftlich an untenstehende Kontaktadresse.

Schaut nicht weg! Greift ein!

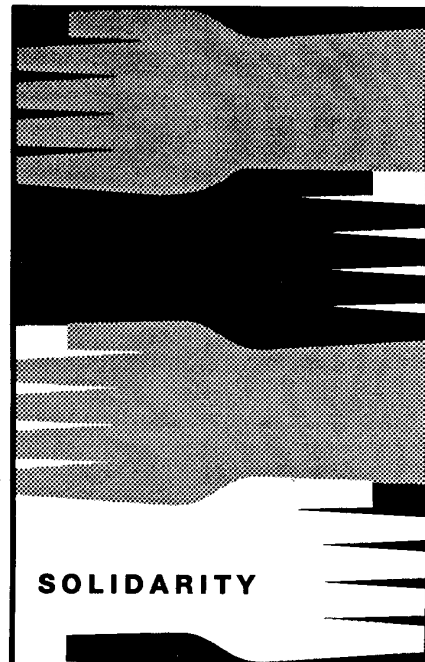
Antirassistisches Notruf- und Infotelefon Heidelberg
c/o R. Sieg, Postfach 104823, 6900 Heidelberg

17.30 Sampler Fete Teil I: Vorstellung des HD-CD-Samplers 'HD-entrockt' der 'Initiative für ein Kulturcafé' (Beatless/FSK Kulturreferat) mit den Heidelberger Bands:
Jail, Abigail, Bawdy House, Streetband Project, Bowhowhow, Final Step, Handmade.
(näheres siehe 'Neuer') Ort: Aula am Klausenpfad, INF 684, (Studiwohnheim nahe Schwimmbad-Club), Eintritt 8 DM

Vormerken: Sampler Fete Teil II
26.02. gleiche Zeit, gleicher Ort mit Groove Garden, Inverness, Hey Monny Monny, Throb Throb, Teasing A Sphinx, 30 Zone, Wintercamping in Warschau

und v.a. 5. April, Aula INF:
'Initiative für ein Kulturcafé' und FSK veranstalten:

ELEMENT OF CRIME
(ab Feb. mit neuer LP, Deutschland-Tour im März/April)
Vorverkauf auf diversen Fachschaftsfeten sowie im Zentralen Fachschaftsbüro, Lauerstr.1 für 20 DM (Abendkasse 24 DM).



SOLIDARITY

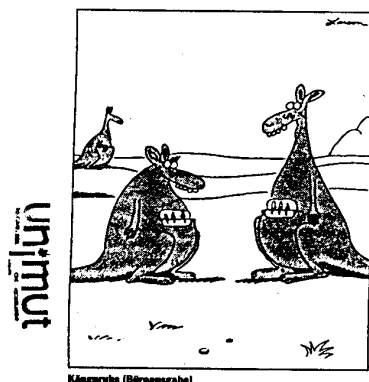
**Antirassistisches
Notruf und Info
Telefon Heidelberg**

0 6221 29082

**Täglich von 19.00 - 7.00 Uhr
von 7.00 - 19.00 Uhr Anrufbeantworter**

Kontonummer 41 912
bei Bezirkssparkasse HD
(BLZ 672 500 20)

Deutsch-Ausländischer
Solidaritätsverein
Stichwort: Notruf



Frauenbüro - das gibt's?!

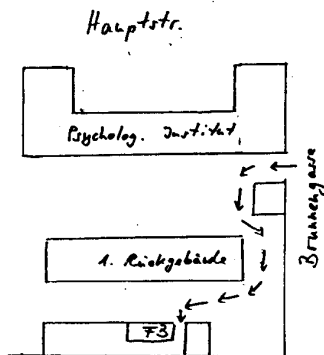


El Salvador Veranstaltungsreihe



Anfang Dezember besuchte das Autonome Frauen- und Lesbenreferat (AFLR) das Frauenbüro der Uni (Brunnengasse 1). Wir möchten die Infos, die wir dort erhalten haben, auch an Euch weitergeben. Natürlich könnt Ihr auch jederzeit selbst vorbeigehen - dort gibt's Infos aller Art: z.B. zum Studium, Frauenforschung und Frauenförderung. Im Frauenbüro arbeiten z.Zt. drei Frauen, die der Frauenbeauftragten der Uni, Frau Sich (Südasieninstitut) unterstützt und hauptsächlich mit Verwaltungsarbeit beschäftigt sind. Zum Rumlesen und Schmökern gibt es eine Minibibliothek zu folgenden Themen: Sprachgebrauch, sexuelle Gewalt, Frauenförderung, Frauen und Wissenschaft und auch drei Zeitschriften: "Institut, Frau und Gesellschaft" (Frauenforschung), "Die Frauenzeitung" (Fraueninfo Südwest: Aktuelles, Veranstaltungskalender), "Zweiwochendienst: Frauen und Politik" (Aktuelles bundesweit).

LAGEPLAN



Speziellere Literatur zu Frauenforschung in Euren Fachbereichen gibt es (hoffentlich) auch in Eurem Institut. Fragt doch einfach mal nach. Für jede Fakultät gibt es eine Frauenbeauftragte, an die Ihr Euch jederzeit mit Problemen wenden könnt (z.B. sexuelle Belästigung/Anmache). Nutzt das Angebot aus - sie wundern sich nämlich schon, warum keine kommt... oder gibt es vielleicht an Eurem Fachbereich keine Probleme???? Natürlich sind auch das Frauenbüro der Uni oder wir für Euch da (Bürodienst ZFB, Lauerstr. 1, freitags 11-13 Uhr).

Annette und Urte



Seite 4

Ein alternatives Wirtschaftsmodell für Lateinamerika?
Chancen und Grenzen am Beispiel El Salvadors.

Santiago Ruiz, Wirtschaftswissenschaftler am Institut für sozioökonomische Forschung, San Salvador (IDESSES).

29.01.1993, 20 Uhr Marstallsaal, Studihaus.

Friede, Demokratie - und die Macht?
Bilanz und Perspektiven des salvadorianischen Befreiungsprozesses ein Jahr nach Friedensschluß.

Ismael Guzman, Parteivertreter der nationalen Befreiungsbewegung Farabundo Martí (FMLN).

12.02.1993
20 Uhr
Marstallsaal, Studihaus

VeranstalterInnen: Lateinamerikainitiative der Fachschaft Theologie und Lateinamerikakomitee

Anfang 1992 wurde in dem mittelamerikanischen Land El Salvador ein Friedensabkommen unterzeichnet, im Februar trat offiziell der Waffenstillstand zwischen der faschistischen Armee und der Befreiungsbewegung FMLN in Kraft, am 15. November schließlich fand ein Tag der



"Wiederversöhnung" statt. Doch das erste Jahr Friede nach 11 Jahren Krieg zeigte, wie mühsam Veränderungen an den festen Machtstrukturen erkämpft werden müssen. Das Regime unter Präsident Cristiani von der rechtsextremen ARENA-Partei und die Militärführung verstanden es immer wieder, die konkrete Umsetzung des Abkommens zu verzögern, in ihrem Sinne

umzuinterpretieren oder gar ganz zu verhindern. Wichtiger Streitpunkt sind nach wie vor die Säuberung der Armee, die in der Vergangenheit übelste Menschenrechtsverletzungen systematisch durchführte, die Landverteilung, die tatsächliche Auflösung paramilitärischer Gruppen von Oligarchie und Armee. Ein gesellschaftlicher Wandel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Kontext, bedarf darüberhinaus auch eines tragbaren alternativen Wirtschaftskonzeptes. Vor dem Hintergrund der gerade weltweit vollstreckten Monopolisierung des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems scheint dies für Länder der drei Kontinente Afrika, Asien und Amerika eine schwierige, aber unterstützenswerte Aufgabe. Dies zu überlegen und zu diskutieren ist Thema der ersten Veranstaltung am 29.01.1993 mit dem Wirtschaftswissenschaftler Santiago Ruiz. In der zweiten Veranstaltung am 12.02.1993 sollen dann die Folgen und Entwicklungen des Friedensabkommens und seiner bisherigen konkreten Umsetzung beleuchtet werden. Dazu wird Ismael Guzman, Vertreter der FMLN, referieren.

Lateinamerikainitiative der Fachschaft Theologie und Lateinamerikakomitee Heidelberg

Wohin treibt die FSK ?

Seit dem Bestehen der FSK wird in regelmäßigen Abständen in dramatischen Diskussionsrunden immer wieder ihre Krise konstatiert. So auch auf der Fachschaftsvollversammlung im Dezember 1992.

Bisher hat man aus solchen Krisensitzungen nicht viel gelernt, es hat sich formal an der FSK-Struktur kaum etwas geändert.

- Nicht so dieses Mal -

Ein paar wenige Idealisten oder vielleicht besser Utopisten, nicht einmal eine Hand voll, haben sich fest vorgenommen, den Versuch zu starten, das Fachschafts-Modell neu zu überdenken. Zu diesem Zweck wurde ein Arbeitskreis über Grundsätzliches gegründet. Ziel soll sein, eine formale Grundlage in der Form einer "Satzung" zu erarbeiten. Damit nicht nur alle hinterher über die Ergebnisse der AK-Diskussionen "motzen" ist es notwendig, daß sich möglichst viele, die an eine Alternative zur gesetzlichen Studierendenvertretung glauben in den Entscheidungsprozeß einbringen.

Wir treffen uns, noch bis Semesterende, donnerstags ab 19:00 Uhr in der Lauerstr.1.

Scheitert dieser Reformversuch bereits mangels Engagement im Arbeitskreis, fehlt damit der studentischen Selbstverwaltung jegliche Grundlage.

Für den AK-Grundsätze, Marcus Heinle.

unimut

Die Zukunft der Ruperto Carola

Im 606. Jahr ihrer Existenz steht die Universität Heidelberg, das 60. vollendete gerade ihr Rektor. Wer auch nur ein bißchen beschlagen ist, erkennt, welches Übel dem Juwel unter den deutschen Universitäten droht:

666 - das ist die Zahl des Antichristen.

NI

Podiumsdiskussion oder Blechbadewanne und Isetta

Am Mittwoch, den 13.01.1993 fand in der Neuen Uni eine Podiumsdiskussion unter dem Motto: "Was nun Herr Humboldt?" statt. Organisiert wurde die Veranstaltung vom AK Studienreform der FSK. Das große Ziel war es, endlich einen fruchtbaren und ernsthaften Dialog zwischen Studierenden und Politikern über die so dringenden ausstehenden Probleme der Hochschulpolitik in Gang zu setzen. Geladen waren Vertreter aller demokratischen Landtagsfraktionen, anwesend waren: Herr B. Scharf (FDP), M.H. Verkehrs- und Bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion; Herr W. Mogg (SPD), MdL, Hochschulpolitischer Sprecher seiner Fraktion; Herr R. Bütikofer (Grüne) MdL, stellvertretender Sprecher des Wissenschaftsausschusses seiner Fraktion.

Peinlich war es, daß kein Vertreter der CDU erschienen ist. Ursprünglich wollte Wissenschaftsminister v. Trotha höchstpersönlich auf dem Podium sitzen, doch sagte dieser recht kurzfristig ab. Trotz vieler Bemühungen von Seiten der FSK konnte die CDU keine andere kompetente Person aus ihren Reihen für diese Diskussionsrunde begeistern. Als studentische Vertreter saßen Katja Schäfer (Chemie) und André Fachat (Physik) auf dem Podium.

Einig waren sich alle DiskussionsteilnehmerInnen darin, daß die jetzige Situation an den Hochschulen kein dauerhaft zumutbarer Zustand ist und bleiben kann. Mißstände wurden von allen Parteien angeprangert:

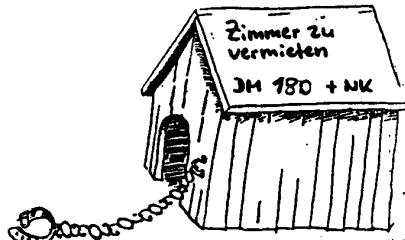
- Schlechtes Betreuungsverhältnis zwischen ProfessorInnen und Studierenden
- Mangel an Praktikumsplätzen
- überfüllte Seminare und Vorlesungen
- unnötige Aufblähung des Lehr- und Prüfungsstoffs
- Hinzunehmen vieler Orchideenfächer, die das Steckpferd so mancher ProfessorInnen darstellen.

Eine Hochschulstrukturreform sei nötig, Organisation und Verwaltung müßten effektiver arbeiten, eine Gewichtsverlagerung von der Forschung zur Lehre sei dringend geboten. Reformwille schön und gut. Aber wie soll dieses so wohl gemeinte Vorhaben umgesetzt werden? Alle DiskussionsteilnehmerInnen stellten hierzu fest, daß die Universität reformunfähig, die Politik reformunwillig seien. Die Reformunfähigkeit der Universitäten sei begründet in ihrer inneren Struktur, die keine selbstkritische Eigenreflexion durchsickern lasse, da vor allem die C-4-ProfessorInnen an ihrer Machtposition festhielten. Von allen Seiten wurde gefordert, die Bevormundung aller universitären Bereiche durch das Wissenschaftsministerium zugunsten echter Autonomie der Hochschulen zu unterlassen. Dies hält Herr Bütikofer nur für möglich, wenn eine zuvor durchgeführte Demokratisierung der Binnenstruktur garantiert, daß so nicht die ministerielle auf die professorale Macht verlagert wird. Katja und André forderten des Weiteren, daß diese zusätzliche Autonomie nur gewährt werden

dürfe, wenn zuvor die Drittelparität in allen universitären Gremien eingeführt werde. Herr Mogg unterstützte sie in dieser Forderung und hoffte, daß das Verbot der Drittelparität durch ein Verfassungsgerichtsurteil wieder aufgehoben werden könne. [Schade, daß ihm da bestimmt wieder der Fraktionszwang dazwischen kommt! d. S.] Herr Bütikofer wie auch Herr Mogg halten interessanterweise die Politik derzeit für reformunfähig. Zum einen, da die große Koalition sich aus VertreterInnen unterschiedlicher Richtungen zu diesem Thema zusammen setze (Mogg), zum anderen, da sie an keiner ernsthaften Diskussion interessiert sei, sondern nur eine Symptom- und keine Ursachenbekämpfung anstrebe (Bütikofer). Langfristige Maßnahmen lassen halt innerhalb einer Wahlperiode keine großen Traualösungen erkennen (Katja).

Herr Bütikofer war der einzige, der sich zu der Möglichkeit äußerte, daß die Gesellschaft die Reformsidkussion in der Hochschule hineinbringen könne, allerdings sei diese zur Zeit von diesem Thema etwas saturiert, aber mit viel Öffentlichkeitsarbeit könne man es wenigstens versuchen.

Auch die Studienzeiterkürzung wurde viel diskutiert. Lauter kleine Maßnahmen wurden gefordert, die im Wesentlichen darauf hinausliefen, die eingangs erwähnten Massenprobleme zu lösen. Herr Scharf schlug das Modell der Zerteilung des Studiums in ein wissenschaftlich fundiertes aber im wesentlichen Berufspraxis-orientiertes Grundstudium und ein wissenschaftliches Aufbaustudium vor. André und Herr Bütikofer forderten, daß das Abitur nicht als alleinige Hochschulzugangsberechtigung gelten dürfe. Sie forderten die Durchlässigkeit des Hochschulsystems



derart, daß man die Uni mehrmals durchlaufen kann.

Herr Scharf setzte allen Verbesserungsvorschlägen die Krone der Lächerlichkeit auf, als er felsenfest behauptete, die Studienzeiten seien heute so lang, da alle Studierenden nebenher arbeiteten, um sich unnötigen Luxus leisten zu können. Denn mit 500 DM im Monat komme man locker aus. Und das habe ja wohl jeder. Ein Zimmer für 180 DM im Monat sei leicht zu finden. Er selbst habe diese Erfahrung vor 20 Jahren auch schon gemacht. [Er hat selber auch eins zu vermieten - Anfragen bitte an die FDP-Fraktion d.S.] Aber nein, heutige Studierende geben sich ja ohne Küche und Bad nicht mehr zufrieden. Ein Auto gehöre selbstverständlich auch zum Studentischen Haushalt. Ja, als er noch studierte, da konnte man froh sein, einige wenige Male in die Blechbadewanne des Vermieters zu steigen. Zweimal habe auch er in den Ferien gejobbt, das gebe er ganz offen zu, denn sein Luxusauto hieß Isetta. Schallendes Gelächter veranlaßten ihn dazu, eine Abstimmung im Saal durchzuführen. Wer zahlt mehr als 500 DM Miete monatlich. Und siehe, es waren eine ganze Menge. Eine weitere Idee von ihm war, eine "Akademikerabgabe" einzuführen. Mit Eintritt ins Berufsleben sei ein Teil der Studienkosten zurückzuzahlen. [Luxussteuer oder Vergnügungssteuer? d.S.] Dieser Vorschlag wurde allgemein abgelehnt.

alle Gruppen forderten eine Schwerpunktverlagerung von der Forschung zur Lehre. Allerdings lebt die Lehre auch durch die Forschung. Und ist diese Forderung bei uns überhaupt realisierbar? In der Bundesrepublik haben die Professoren mehr Lehrverpflichtung als in anderen Ländern. Noch dazu sehen sie sich einem Berg von Gutachten und Bürokratie gegenüber. Machen es sich unsere PolitikerInnen nicht leicht, mehr Lehrengagement zu fordern, ohne zuzugeben, daß sie selbst an dieser Misere mitschuldig sind. Wer hat denn den Ausbau der Universitäten verhindert? Zum Thema Verbesserung der Lehre schlugen Katja und André vor, daß bei Berufungen und Habilitationen stärker auf die Lehrbefähigung der AnwärterInnen geachtet werden solle. Ferner sollten studentische Lehrgutachten erstellt werden. Diesen Vorschlag begrüßten alle TeilnehmerInnen bis auf Herrn Scharf, der Studierende in diesem Punkt für urteilsunfähig hält.



„Natürlich sind es Idioten, meine Herren... Aber die Frage ist: um welche Art von Idioten handelt es sich?“

Die Patentlösung für Herrn Scharf ist die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in die Bildungspolitik. Man stelle sich vor, die Universitäten teilten sich dann in eine Handvoll Eliteunis und "gemeine" Unis auf. Trotz Kinokonkurrenz im Hörsaal nebenan war die Veranstaltung gut besucht. [Fragt sich, ob JFK den gleichen Unterhaltungswert wie Herr Scharf hat...d.S.]

Äußerst schade war in der Tat, daß niemand von der CDU oder vom Wissenschaftsministerium auf dem Podium saß. Es wäre interessant gewesen, einen harten VerfechterIn all der von Wissenschaftsminister von Trotha propagierten Maßnahmen auf dem Podium vor sich zu haben. Der FDP-Abgeordnete wirkte leicht naiv und unglaubwürdig, da man unschwer erkenne konnte, daß seine Situationsanalyse eher seinen persönlichen Studienerfahrungen entsprach. Laufen einem doch tausend kalte Scheuer den Rücken hinunter, bedenkt man, daß er als Bildungspolitiker Sprecher der FDP Bildungspolitik an vorderster Front betreibt.

Was durchweg gefehlt hat, war der aktuelle Bezug. Eine ernsthafte Diskussion über Studiengebühren, drastische Mittelkürzungen sowie Vorstellungen und Konzepte zum Bildungsgipfel, der in diesem Frühjahr stattfinden soll [soll! soll?...d.S] fehlte.

Realisierbare Programme zur Durchsetzung einer greifenden Hochschulreform konnte keiner der DiskussionsteilnehmerInnen vorstellen.

Am Ende stand die Forderung: Studia seid kritischer und macht den Mund auf! [Sind wir etwa doch zum Bildungsgipfel eingeladen? d.S.]



KaffeeWeltmarkt und der Kaffee an den Mensen der Uni Heidelberg

Kaffee ist eine klassische Kolonialware und immer noch einer der wichtigsten Exportrohstoffe der Dritt-Welt-Staaten. Einige Staaten wie Burundi, Uganda und El Salvador hängen vom Kaffeexport fast vollständig ab, andere zumindest in erheblichem Maße. Für die Menschen in diesen Ländern, die vom Kaffeeanbau leben, sank der Lebensstandard in den letzten Jahren mit dem ins bodenlose gefallen Weltmarktpreis.

Für viele Kleinbäuer/innen bedeuten die gefallenen Preise das, was nach den Gesetzen der Marktwirtschaft eigentlich gar nicht passieren darf: sie produzieren mit Verlust, die Entlohnung für ihre harte Arbeit trägt ein negatives Vorzeichen. Doch für die Kleinbäuer/innen fehlt eine Alternative zum Kaffeeanbau, und so bleibt ihnen nur die bittere Wahl entweder weiterhin mit Verlust zu produzieren, auf Kokainanbau umzusteigen oder in die Elendsviertel der Städte abzuwandern.

Kaffeeaktionswoche: Handel braucht Gerechtigkeit

"Kaffeeanbau vor Ort - herkömmlicher Anbau und Alternativen"

Die Vorträge über Kaffee-Plantagenarbeit in Brasilien von Th. Bäncklau und über das Kaffee-BäuerInnen-Genossenschaftsprojekt UCIRI in Mexiko von A. Huck. Kaffeegruppe des "Dritte" Welt-Ladens HD
Di., 2. Februar 20 Uhr, HS 3 der Neuen Uni

"Hunger, Handel, Hintergründe"

Referent: Michael Windfuhr, Politikwissenschaftler bei German Watch
Do., 4. Februar 20 Uhr, HS 1 der Neuen Uni



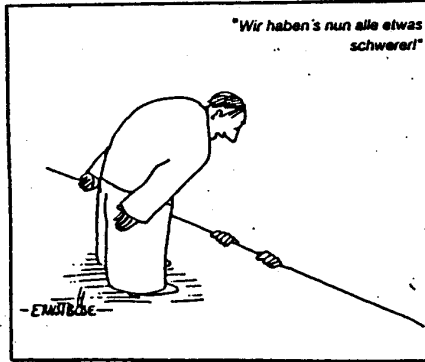
bis 3. Februar: Kaffee-Ausstellung im Foyer der Neuen Uni
Kaffee - Parcours 1.+2.2: 2-Mensa, 3.2: PH-Mensa, 4.+5.2: Triplex

* Öko-Referat der FSK * Kaffeegruppe des "Dritte" Welt-Ladens HD *
in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk Heidelberg

Das Kaffeeabkommen und der freie Fall der Preise

Nicht immer war es möglich, daß der Weltmarktpreis für Kaffee so tief fällt; bis ins Jahr 1989 wurde dies durch das Kaffeeabkommen (ICA) verhindert. Im Rahmen des Kaffeeabkommens hatten sich Kaffeeproduzierende und Abnehmer an einen Tisch gesetzt und sowohl Quoten als auch einen Preisrahmen ausgehandelt. Quoten, das bedeutet, daß die Anbauländer pro Land jeweils nur eine festgelegte Menge Kaffee liefern durften. Preisrahmen, das bedeutet, daß wenn der Kaffeepreis an der Börse unter einen bestimmten Wert fiel, die Quoten der Anbauländer anteilig gekürzt wurden; dies führte dann zu einer Angebotsverknappung, die ihrerseits wiederum zu einem Ansteigen der Preise führen sollte.

Von diesem Abkommen und der damit verbundenen Preisstabilisierung profitierten beide Seiten, die jeweils mit kalkulierbaren Einnahmen und Kosten gut planen konnten. Weil dieses Abkommen aber die Anpassung des Angebots an die veränderte Nachfrage weg von der Kaffeesorte Robusta hin zu den milderen Arabica-Kaffees verhinderte, wuchsen die Spannungen, es konnte keine Einigung auf neue Quoten mehr stattfinden. Dar-



aufhin wurden die Quoten, das Herzstück des Kaffeeabkommens, ausgesetzt, und die Anbauländer, die wirtschaftlich ohnehin zumeist in einer schrecklichen Lage sind traten in einen vernichtenden Wettbewerb zueinander. Der Weltmarktpreis für Kaffee sank auf die Hälfte des Niveaus, das er zu Zeiten des Kaffeeabkommens hatte. Da viele Staaten, die Kaffee anbauen, zugleich hoch verschuldet sind, sind sie auf die Devisen aus dem Kaffeexport dringend angewiesen, Handelsbeschränkungen der Industrieländer sorgen dafür, daß ein Ausweichen auf andere Produkte nahezu unmöglich wird. Um die dringend benötigten Devisen zu bekommen steigern die Staaten ihre Kaffeexporte trotz sinkender Preise und tragen so zu weiterem Preisverfall bei. Die Dummen dabei sind die Kleinbäuer/innen und die Kaffeepflücker/innen, bei denen zwar wegen des Zwischenhandels von steigenden Preisen nichts ankommt, die bei fallenden Preisen jedoch die Last tragen. Sie erhalten für immer mehr Arbeit immer weniger Geld, stehen dem Weltmarkt aber vollkommen machtlos gegenüber.

Ein Stückchen "anderer Weltmarkt" an den Cafeterien der Uni Heidelberg - Die Kaffeeaktionswoche

Der Kaffee an einigen Cafeterien der Uni Heidelberg ist anders, Für ihn erhalten die Kaffeebäuer/innen weiter den alten Weltmarktpreis, an diesem Kaffee verdient nicht der Zwischenhandel, sondern der- oder diejenige, die die schwerste Arbeit bei der Kaffeeproduktion leisten. Eine Aktionswoche zum Thema Kaffee soll allen Studierenden noch einmal umfassende Möglichkeiten bieten, sich über Kaffeeanbau und -handel zu informieren. Dazu gibt es eine Ausstellung vom 25.1. bis 3.2. im Foyer der Neuen Uni, zwei Abendveranstaltungen und Schaurösten in den Cafeterien.

Ein Diavortrag zeigt Kaffeeanbau unter den herkömmlichen Bedingungen einerseits und die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Projekt UCIRI in Mexiko, aus dem auch einige wenige Cafeterien der Uni Heidelberg ihren Kaffee beziehen. Wer also genau wissen will, wo sein oder ihr Kaffee herkommt, der oder die kann sich bei diesem Diavortrag am 2.2. um 20. Uhr c.t. in Hörsaal 3 der Neuen Uni informieren.

Den Weltmarkt, den Handel und seine Hintergründe wird ein Vortrag des Politikwissenschaftlers Michael Windfuhr aufs Korn nehmen, am

Do, den 4.2. in Hörsaal 1 der Neuen Uni. In den Cafeterien wird's Kaffee zum Anfassenden geben, in einem Kaffeeparcours können die Studierenden selbst all jene Stationen durchlaufen, die der Kaffee auf seinem Weg vom Herstellungsort zu den Endverbraucher/innen zurücklegt. Am Ende des Parcours steht das Röstens, Mahlen, Aufbrühen und schließlich Trinken des Kaffees. Dazu wird es natürlich weitere Infos zu Kaffee und zu alternativem Handel in den Cafeterien geben. Der Parcours wird am Montag und Dienstag im Neuenheimer Feld, am Mittwoch an der PH und Donnerstag und Freitag in der Triplex-Mensa zu finden sein.

Die Kaffeeaktionswoche wird vom ÖkoReferat der FSK und der Kaffeegruppe des "Dritte"-Welt-Ladens in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk veranstaltet.

Die Termine der Aktionswoche im Überblick:

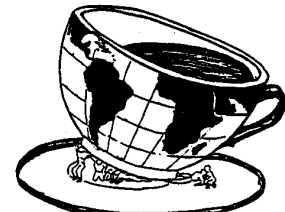
- Mo 25.1 - Mi 3.2 Ausstellung in der Neuen Uni
- Di 2.2 Diavortrag, 20. Uhr c.t. Neue Uni Hörsaal 3
- Do 4.2 Vortrag "Hunger, Handel, Hintergründe" mit Michael Windfuhr, 20 Uhr c.t. Neue Uni, Hörsaal 1
- Mo 1.2 und Di 2.2 Kaffeeparcours im Neuenheimer Feld
- Mi 3.2 Kaffeeparcours an der PH
- Do 4.2 und Fr 5.2 Kaffeeparcours in der Triplex

Kaffeeaktionswoche: Handel braucht Gerechtigkeit

"Hunger, Handel, Hintergründe"

Referent: Michael Windfuhr, Politikwissenschaftler bei German Watch, über Welthandel, GATT und den hiesigen Konsum

Do., 4. Februar 20 Uhr, HS 1 der Neuen Uni



Kaffee - Parcours 3.2: PH-Mensa, 4.+5.2: Triplex

* Öko-Referat der FSK * Kaffeegruppe des "Dritte" Welt-Ladens HD *
in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk Heidelberg



Wohnraum für alle - Hier und Jetzt!

Gegen Wohnungsnot - für die Akzeptanz anderer Wohn- und Lebensformen

Zur Situation in Heidelberg:

Mehrere Tausend Menschen suchen in Heidelberg eine Wohnung oder ein Zimmer - die meisten vergeblich und schon seit Monaten oder Jahren. Besonders für Menschen mit geringem Einkommen scheint in dieser Stadt kein Platz mehr zu sein. Die Preise für WG-Zimmer bewegen sich zum Teil schon auf die 1000-Mark-Grenze zu. Mieten, Kautionen und Vermittlungsgebühren steigen weiter! Gerade Studierende, Arbeitslose, Behinderte, alleinstehende Frauen, Drogenkranke und andere "Randgruppen" werden immer mehr ins Abseits gedrängt und haben immer weniger Hoffnung, bezahlbaren Wohnraum zu finden. An dieser Situation hat sich auch durch Veränderungen im Rathaus nichts verbessert. Solange die Stadt die Spekulation mit leerstehenden Häusern und Wohnungen weiterhin duldet, wird das auch so bleiben.



Sanierung und Umstrukturierung

Eine weitere Verschärfung bringt die geplante Sanierung und Umstrukturierung des letzten preiswerten Stadtviertels Bergheim mit sich. Die Sanierung der Altstadt hat deutlich gezeigt, was sich in Heidelberg wie anderswo hinter dem harmlos klingenden Begriff Sanierung verbirgt: Die meisten Menschen werden in Randquartiere und Schlafstädte wie Emmertsgrund oder Hasenleiser abgedrängt. Bezahlbare Altbauten werden entmietet, abgerissen und durch unbezahlbare Neubauwohnungen ersetzt oder die Wohnungen werden luxussaniert und meist noch in Eigentumswohnungen umgewandelt. In der Altstadt hatte das zur Folge, daß nach der Sanierung gerade noch 20% der ursprünglichen BewohnerInnen in der Lage waren, die neuen Mieten zu bezahlen - wenn die Wohnungen nicht schon andersweitig veräußert waren. Durch diese Maßnahmen werden ganze Viertel umstrukturiert, alle gewachsenen sozialen Strukturen auseinandergerissen - Konkurrenz und Aggressivität tritt an die Stelle von Solidarität und Nachbarschaftshilfe. Die Neubauten am Hauptbahnhof (übrigens ausschließlich Eigentumswohnungen und Geschäftsräume) und an der Ecke Bergheimer/Römerstraße zeigen, wie das neue Bergheim aussehen soll!

Zu anderen Wohn- und Lebensformen

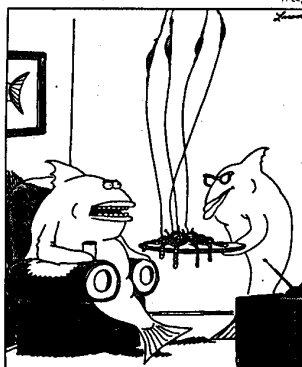
Menschen, die sich ein anderes Zusammenleben in größeren Gruppen wünschen, haben durch die sich verschärfende Wohnungsmarktsituation kaum noch Chancen, große Wohnungen oder Häuser zu bekommen. Denn große Wohnungen und Häuser sind entweder unbezahlbar oder stehen leer. Ein Projekt, das aus dieser Misere vor knapp 2 Jahren entstanden ist, ist die Wagenburg ein Neuenheimer Feld. Dort leben 20 Menschen, ein bunt zusammengewürfelter Haufen von Studierenden, SchülerInnen, ArbeiterInnen und Arbeitslosen. Aus der anfänglichen Notlösung ist für die meisten eine eigenständige Wohn- und Lebensform gewachsen. Die Situation der Wagenburg ist unverändert: ständiger Räumungsdruck und Unsicherheit hinterlassen ihre Spuren. Die Stadt hat sich nach langwierigen Verhandlungen um ein Ersatzgelände nun aus der Verantwortung gezogen. "Wir können nichts mehr für Sie tun" und "wir werden uns

dem Willen des Landes (Eigentümerin des Geländes) im Falle eines Räumungsbegehrens nicht widersetzen" lauten die Parolen aus dem Rathaus. Mit der Räumung der Wagenburg würden nicht nur 20 Menschen Obdachlos - die Stadt würde auch zeigen, was sie davon hält, wenn Menschen ihre Situation nicht länger hinnehmen und sich selbst helfen, sich selbst einen Raum schaffen, wo sie ihre Vorstellungen von einem menschlicheren Zusammenleben in einer großen Gruppe, von einem anderen Umgang miteinander, versuchen zu verwirklichen. Die Stadt wird die volle Verantwortung für ihr Handeln tragen müssen!! Das zumindest ist sicher, denn die Wagenburg wird sich nicht bequem, sang- und klanglos in Luft auflösen!

Demonstration gegen Wohnungsnot - Wohnraum für alle - keine Räumung der Wagenburg

6.2.93 um 14.00 Uhr
ab Stadtbücherei/Poststr.

- Wohnraum für alle - hier und jetzt!
- Gegen kaputtsanierung von Bergheim!
- Keine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen!
- Wagenburg bleibt, sonst ... gibt's nix zu Ostern!
- Akzeptablen Ersatz für die BewohnerInnen der Schokoladenfabrik!



«Mehr mehr Wärme? ... Mir ist schiefherft, warum da plötzlich so Beheißel zu mir bist»

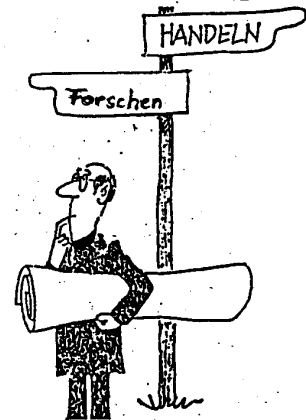
Aschenbecher zu Blumenschalen

oder: Wissenschaft ja - Praxis nein

Im letzten Sommer stellte die Volkshochschule den RaucherInnen die Aschenbecher vor die Tür. Die Uni sollte dem guten

Beispiel folgen, dachten sich ein paar Leute und schrieben einen entsprechenden Brief an das Rektorat. Darauf passierte - richtig - nichts. D.h. fast nichts. Bei der Arbeitsstelle eines Unterzeichners gab es einen merkwürdigen Anruf, ob denn dort tatsächlich jemand diesen Namens beschäftigt sei. Danach: Funkstille, die auch durch telefonische und schriftliche Vorstöße nicht zu durchbrechen war.

Nun ist nicht nur die Schädlichkeit des Rauchens sondern auch die des Passivrauchens wissenschaftlich sehr gut belegt. Professor Wahrendorf vom Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) verbreitet diese Forschungsergebnisse in seinen Vorträgen und sogar die RNZ brachte einen solchen Bericht. Wahrendorfs Mannheimer Kollege Prof. F. Schmidt, Begründer des Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit, kämpft seit Jahren gegen den krebsregenden Qual. Die Fakten sind also bekannt, aber offensichtlich ist die Uni nicht bereit, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen, indem sie ein Rauchverbot für ihren Bereich ausspricht. Mit dieser Haltung hinkt sie der Politik hinterher. Der Bundesrat billigte am 25.9.92 eine Entschließung nach der das Rauchen in öffentlichen zugänglichen Räumen, öffentlichen Verkehrsmitteln und am Arbeitsplatz gesetzlich verboten sein soll.



unimut

Aktiv geworden sind hingegen einige Studierende. In der UB konnten sie einen Erfolg verbuchen: Rauchen ist dort nicht mehr erlaubt. Die Fachschaft des Anglistischen Seminars ließ über die Frage "to smoke or not to smoke" demokratisch abstimmen. 56% sprachen sich dafür aus, daß im Aufenthaltsraum nicht mehr geraucht wird, 28% dagegen und 15% enthielten sich der Stimme. Die Wahlbeteiligung war so hoch wie bei den letzten Fachschaftswahlen, was für die Bedeutung des Themas spricht. Trotz dieser nachahmenswerten Aktivitäten sollten wir nicht zulassen, daß sich die Uni klammheimlich aus ihrer Verantwortung schleicht. Es ist wirklich an der Zeit, auf die Verwaltung der Universität "einzuwirken", damit es hier bald die erste rauchfreie Zone Heidelberg gibt. Wer mit "wirken" will, sollte sich bitte schnellstens zur Kontaktaufnahme im ZFB (Zentrales Fachschaftenbüro, Lauerstr. 1) melden. Toll wäre es, wenn einige von euch Beziehungen zur Lokal-/Regionalpresse bzw. zu Radiosendern hätten, die sie für den guten Zweck nutzbar machen könnten.

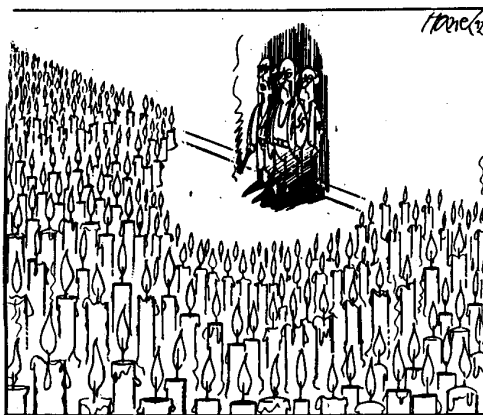
A propos

Der nachfolgende Text "Heidelberg im November 1992" ist vor einigen Wochen in außeruniversitären linken Zusammenhängen in Heidelberg erschienen. Gerade in den Zeiten von Lichterketten und staatlich verordneten Aktionstagen hat der Beitrag keinesfalls an Aktualität verloren und kann von der angesprochenen Demo mit gewissen Abänderungen auf den landesweiten Aktionstag am 21.1.93 übertragen werden. Sicherlich werden einige Positionen in dem Artikel nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen, jedoch erscheint mir der Artikel ein wichtiger Beitrag in der Diskussion um heuchlerischen Pseudoaktionismus zur Wahrung des "guten Deutschlandbildes" im Ausland und zur Abwehr von eventuellen wirtschaftlichen Nachteilen in unserem ach so wirtschaftlich gebeutelten Land.

Tobias Köhler

Wo bin ich hier eigentlich? - Das habe ich mich öfters gefragt bei der laut Hetzblatt "RNZ" größten "antirassistischen" Demonstration in Baden-Württemberg am letzten November-Wochenende (28.1.92), an der etwa 7000 Menschen aus mehr als 100 Organisationen teilgenommen haben.

Nun ist es ja unterstützenswert, wenn Menschen angesichts der breitverankerten, tiefwurzelnden, überregional organisierten Bedrohung, Verfolgung, Verletzung, Ermordung von sogenannten AusländerInnen jeder Couleur das Bedürfnis haben, demonstrativ auf die Straße zu gehen, um sich massiv der "Gewalt von rechts" entgegenzustellen. - Aber was sich an diesem regnerischen Sonabend auf die Straße wagte, um das Bedauern und die Anteilnehmende Trauer über den dreifachen Mord von Mölln zum Ausdruck zu bringen, das war schon beinahe ein fastnächtliches Sammelurium, ein verräterischer Querschnitt durch alle gesellschaftlichen Schichten und Bereiche, ein hilfloses Sich-Produzieren-Wollen aller vermeintlich demokratischen Kräfte dieses so unglaublich brutalisierten Kaltlandes, in dem es deutsch wird: Da meinen Beamte der Polizeidirektion Heidelberg auf die Straße gehen zu müssen; vielleicht, um das völlig zurecht entstandene "Bild" zu revidieren, bei den "rechtsradikalen" Mordanschlägen auf "AusländerInnen", Flüchtlingswohnheime, Lesben, Schwule, "Antifas", ... selbst bei frühzeitigem Bekanntwerden der "Angriffspläne" entweder tatenlos zuzusehen, bewußt zu spät anzurücken oder sich im "Ernstfall" zurückzuziehen; vielleicht, um die Tatsache zu verschleiern, im Grunde genommen immer noch im Sinne der Herrschenden zu handeln, also deren Kapitalinteressen, deren Sicherheit, deren freiheitlich-demokratisches Grundchaos zu schützen; oder etwa deshalb, nicht als Sammelbecken stolzer REP-Wähler, die sich einschleusen, darstellbar zu sein, obwohl diese bereits einen beträchtlichen Teil des Bullenapparates ausmachen dürften, den Nichts-hören-Nichts-sehen-Nichts-sagen-Effekt bei faschistischen, rassistischen oder sexistischen Attacken multiplizieren und die Amtsstuben mit selbst "entworfenen" Ich-bin-Stolz-Gedichten tapezieren oder zumindest Nazi-Poster darin aufhängen.



Da waren türkische Nationalisten zu sehen, die durch das Tragen der türkischen & deutschen Flagge ihrem widerwärtigen Chauvinismus Luft machen und ehrfurchtvoll ihre dem politisch administrativen System der BRD entgegengebrachte Dankbarkeit zeigen mußten; türkische Nationalisten, die die Gunst der Stunde nutzen wollten, um vor ihrem Nato-Partner in die Knie zu fallen, mit dessen freundschaftlichen, solidarischen Waffenlieferungen das kurdische Volk ausgemerzt werden soll, obwohl die "Toten von Mölln" Kurdinnen waren (Deshalb ist es bei der Groß-Demo in Mölln am gleichen Tag ja auch zu Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Menschen und türkischen "Rechtsextremisten" gekommen, weil sich die KurdInnen weigerten, unter dem Symbol ihrer Unterdrückung und Verfolgung - türkischer Halbmond - an einem Trauermarsch für Mitglieder ihres Volkes teilzunehmen.).

Da war der Rektor jener Universität dagegen, die die Veröffentlichung des nationalsozialistischen Heidelberger Manifestes nicht nur ermöglichte und duldete, sondern auch nach der tausendfache Veröffentlichung nichts zur Verfolgung der dafür Verantwortlichen unternahm und sie weiterhin als Professoren, Doktoren, Dozenten oder Lehrkräfte beschäftigte, die sich im Kampf gegen das nach "links" driftende Klima an den Instituten bewährt hatten; jener Universität, die den Wechsel von der täuschenden "Liberalität" der von Anfang an bröckelnder Weimarer Zeit zur "Schmiede des arischen Gedankengutes" nur allzu leicht vollzog, jener Universität, die sich "intellektuelle" Vertreter des neurechten Schullehrer-Oberstandes an Land zieht (z.B. Fests), um auch lehrplanmäßig nach rechts zu driften (Rektor = Relikt faschistischer Kontinuität?).

Da waren Burschenschaften zu bemerken, die als christliche Studentenverbindungen für mehr "Toleranz" eintraten, ohne jedoch deutlicher zu machen, welche Toleranz sie denn zu pflegen gedenken: etwa die christliche, die alle anderen Religionsgemeinschaften und alle KetzerInnen, AtheistInnen, "Hexen", ... kreuzzuglerisch militant auszumeren pflegt? Oder die frauenfeindliche Männersolidarität unter Verbindungsgegnossen, die sich die Verdrängung der Frau aus allen gesellschaftlich irgendwie relevanten Bereichen zur Aufgabe gemacht hat? Oder die "Toleranz" der Schwulen-, Lesben-, AIDS-, Abtreibungs-, Ledigen-Feinde?

Da konnte eine Lebensschützerin nicht umhin, den Mutterleib, in dem neues (deutsches) Leben "heranwächst", "gedeiht", mit dem Leben der in Mölln Ermordeten gleichzusetzen und dementsprechend von Menschenrechten auch für Ungeborene, für Embryos zu reden, die genausowenig wie die KurdInnen dafür könnten, wenn sie umgebracht würden. Da waren VertreterInnen fast aller "Demokratischen" Parteien, die sich ein nach Gewissensbefriedigung trachtendes Stelldichein mit höfischen Charakter gaben; vielleicht, um damit anzudeuten, daß sie sich bald alle auf der rechten Seite der CDU treffen werden, um über ein "liberales" europäergemeinschaftlich eingebundenes "Einwanderungsgesetz" zu debattieren, das uns Deutschen die Nichtdeutschen und damit die einzige (?) Zielgruppe neonazistischer Gewalt vom Halse hält; oder, um die Verlängerten "Arme" des von ihnen getragenen Systems - die EmpfängerInnen und VermittlerInnen ihrer "Politik" und "Pläne", die unter ihnen aufgeteilt und damit von ihnen dementsprechend beeinflussen



"Massen"medien (Öffentlich-rechtliche Fernseh- und Radiosender, fast sämtliche regionale und überregionale Tageszeitungen) - noch koordinierter dahingehend manipulieren zu können, die Lügen vom "vollen Boot", von der "Rezession", von der "Wohnungsnot", vom "Scheinasylantinentum", von "ausländischer Kriminalität" usw. auch weiterhin unters dankbare Volk zu bringen und so Kräfte zu bündeln. Und dann noch die Industrie und Handelskammer (IHK) als repräsentative Vertreterin jener Schichten, in deren Werte-Skala die ökonomisch-effiziente Verwertbarkeit, der funktionstüchtige Automatismus, exzessiv reizbare Leistungspotentiale, maßgeschneiderte Ausbeutungskriterien und sexistische Arbeitsteilungs- und Entlohnungspraktiken oberste Ränge einnehmen, denen deshalb malochende, steuerzahlende konsumierende, unterdrück- und manipulierbare Menschen aus dem nichtdeutschen Raum natürlich am Herzen liegen ("... weil die ja unseren (?) Wohlstand (mit)bedingen!") und die an einer kapitalistisch-imperialistisch-rassistischen Trennung in gute und schlechte AusländerInnen, Flüchtlinge aufgrund der damit in Spaltungen realisierbaren mehrfachen Unterdrückungsmechanismen größtes Interesse zeigen ("Neue Dimension des Rechtsterrorismus: jetzt(?) werden schon Steuerzahlerinnen ermordet!").

"Jeder soll jederzeit und überall seine Chance haben. Weder Herkunft noch Besitz, weder Alter noch Konfession, weder Wohnort noch Geschlecht sollen die Chancengleichheit, sollen das Bürgerrecht auf Bildung einschränken."
Willy Brandt, Oktober 1970

Hochbauten - Tiefbauten

Untertunnelung und Überlast

Mit der Untertunnelungs-These wurde in den 80er Jahren der Ausbau der Hochschulen unterlassen: bei den Studierenden handle es sich nur um einen momentanen "Studentenberg", den man demographisch gesehen "untertunneln" müsse, um auf der anderen Seite wieder optimale Bedingungen vorzufinden. 1977 bis 1990 stiegen die Zahlen der StudienanfängerInnen um 72,8%; das wissenschaftliche Personal wurde aber nur um 6%, die Hochschulräume nur um 10,5% erhöht. Die staatlichen Ausgaben für das Hochschulwesen sanken von 1970 bis 1990 von 0,78% des Bruttosozialprodukts auf 0,65%. Die bekanntesten Folgen: überfüllte Räume und Veranstaltungen, überlaufene Praktika, fehlende Bücher, ... Massive Kürzungen bei den Mitteln, die der Bund für die Hochschulen bereitstellt, werden diese allgemein als "momentane Überlast" umschriebene Situation weiter kaum verbessern. Hinzu kommt, daß die Lehre nach dem Universitätsgesetz der Forschung zwar nicht untergeordnet ist, de facto aber nachgeordnet behandelt wird. HochschullehrerInnen müssen im Gegensatz zu LehrerInnen keinerlei didaktische Schulung absolvieren. Die didaktische Herausforderung einer jeden Lehrveranstaltung wird durch Massenveranstaltungen erst recht zur Überforderung für einen Großteil der Lehrkräfte: demotivierend für sie wie für ihr Auditorium. Vielen Maßnahmen liegt nun die Fehlannahme zugrunde, daß nur materielle Engpässe und fehlende oder mangelhafte Betreuung das Problem seien. Sie sehen in vergleichsweise billigen Tutorien und Vorlesungsumfragen, neudeutsch Evaluationen, und ähnlichem die Lösung. Dringend notwendig ist aber die Schaffung neuer Stellen, die allein Engpässe in der Prüfungsphase und der Betreuung von Abschlußarbeiten beheben könnte. Gute Lehrkräfte erhält man nicht durch das Verteilen von Regenschirmen und Staubsaugern oder das Veröffentlicheln von Umfragenoten, sondern eher durch hochschuldidaktische

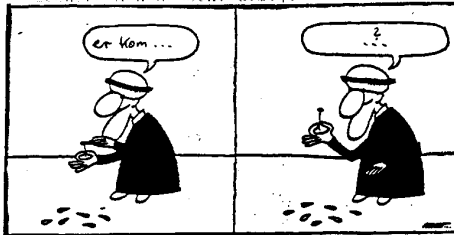


Zentren, an denen eine fundierte Schulung durchgeführt wird. Diese kann dann durch Umfragen und Selbstbewertungen etc. fortlaufend hinterfragt werden.

Neuerdings beliebt einige das Problem auf die Kurzformel zu bringen: "Entweder mehr Stellen oder weniger Studenten", mit süffisantem Unterton auf dem letzten Teil. Die Arroganz derer, die fest etabliert auf ihren Stühlen sitzen, spricht daraus: sowohl dem wissenschaftlichen Nachwuchs als auch dem Großteil der Studierenden, ganz zu schweigen von den Studierwilligen, die jetzt noch in Schule oder Beruf stehen, wird hier das Recht zu studieren ab und die Selektionsmacht den Arrivierten gesprochen.

Studentenberg, Langzeitstudis und Regelstudienzeit

Völlig übersehen wurde bei der Untertunnelungsthese, daß der "Studentenberg" nicht nur demographisch bedingt war (und spätestens mit dem "Pillenknick" enden würde). Vielmehr steigt der Anteil eines Jahrgangs, der an die Hochschulen geht, sowie die durchschnittliche Verweildauer dort an. Das soziale Umfeld der Studierenden hat sich verändert: über 50% müssen arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren, andere haben soziale Verpflichtungen (z.B. Kinder) oder wohnen ungünstig. Zu wenig Krippenplätze, hohe Mieten, niedriges Bafög, ... kein Wunder, daß sich die Studienzeiten derer, die Kraft und Zeit auf Zimmersuche, Anfahrtswege, Gelderwerb, Kinderbetreuung, steigenden Kosten und vermehrten Kürzungen verlängern. Andere Studierende engagieren sich gewollt und bewußt neben ihrem Studium in Politik, Gesellschaft, Kultur oder an ihrem Fachbereich. Wer krank wird, muß Prüfungen oder Veranstaltungen, wenn er/sie Pech hat um ein ganzes Jahr verschieben, Geld für diesen Zeitraum muß er/sie auch aufbringen. Längst ist daher ausreichend nachgewiesen, daß gerade länger Studierende die Universität primär statistisch "belasten": sie verwenden nicht alle Zeit auf ein Fachstudium, sondern sind anderweitig eingepannt. Die Universität ist eben nicht die "Wärmestube" für sie, wie Klaus v. Trotha, Wissenschaftsminister, ihnen unlängst unterstellte. Diesen Menschen gar die "Schuld" an den Mißständen zu geben ist abenteuerlich: hier werden Sündenböcke geschaffen! Vorschläge wie Studiengebühren oder Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung der Regelstudienzeit leben aber gerade vom Bild fauler, unfähiger Studierender, die die Universität überfüllen, belasten und von Vergünstigungen leben. [das leckere Mensaeßen! d.S.]



Die Studiengebühren sind übrigens nicht - wie die Sandmännchen in den Abendnachrichten verkünden - vom Tisch. Sie werden weiterhin diskutiert; allerdings nicht für alle, sondern gerade für die, die über der sogenannten Regelstudienzeit liegen [die Faulen und Dummen? d.S.] Die Regelstudienzeit ist nicht die durchschnittliche Studienzeit als die sie zu oft verkauft wird, sondern letztendlich nur eine Frage der Definition.

In einigen Fächern wie den Altertumswissenschaften und der Chemie ist längst die Promotion und nicht das Diplom oder das Magisterexamen der Regelabschluß, Bafög-gefördert wird aber nur die "Regelstudienzeit" bis zum ersten Abschluß.

Einige Fächerkombinationen (z.B. Naturwissenschaft & Sozial- oder Geisteswissenschaft) sind aus organisatorischen Gründen, wie Überschnelldungen, die die Teilnahme an einer Veranstaltung im vorgesehenen Semester unmöglich machen, kaum in der Regelstudienzeit studierbar. In einigen Fächern gibt es Wartezeiten bei PrüferInnen - und zwar nicht nur bei den Beliebten.

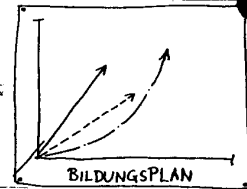
Wessen potentielle PrüferIn die Universität wechselt, muß sich einen neuen PrüferIn suchen und sich darauf umstellen. Selbst ein in Minimalzeit (8 Semester) durchgeführtes Diplomstudium Volkswirtschaftslehre erfordert zum Bestehen noch eine sechsmonatige Diplomarbeit und die ca. einjährige Vorbereitung auf die Diplomklausuren. Und das in der Regelstudienzeit von 9 Semestern! Für die Bundesregierung ist es daher eine effektive Einsparungsmaßnahme, kein Bafög mehr zu zahlen, sobald Studierende die Regelstudienzeit überschritten haben.

Entschlackung, Eingangsprüfungen, Effektivität

überlegungen, verkürzte und "entschlackte" Studiengänge für die Massen und vertiefte wissenschaftliche Graduiertenstudien für eine Minderzahl einzuführen, geben Wissenschaft im Sinne von Einheit von Forschung und Lehre auf: Sie werden zeitlich getrennt und völlig verschiedenen Sektoren zugeordnet. Forschendes Lernen, Vermittlung laufender Untersuchungen, Selbstständigkeit und Reflexion des eigenen Tuns bleiben auf der Schmalspurstrecke des Turbostudiums. Motivierend wird die Lehre, die nur noch das vermittelt, was bereits heftig diskutiert wird, sicher nicht sein. Das kennen wir aus der Schule. Eine "Entrümpelung" der bestehenden Studiengänge ist hingegen seit langem fällig. Ob jemand fähig zu studieren ist, zeigt sich im Studium. Eingangsprüfungen sind daher abzulehnen. Im Gegenteil, der Zugang zur Universität sollte vielen Menschen möglich sein. Derartige Vorschläge dienen offenbar dazu, unliebsame "Massen" von der Universität zu bekommen. Wer die die Effektivität durch Kontrollmechanismen wie Evaluationen, zentral zu gebende Berichte, Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Anreizsysteme steigern will, versucht kreative Momente herbei zu bürokratisieren. Diese Momente, die Wissenschaft gerade ausmachen, lassen sich aber nicht steuern und vor allem nicht zentral.

In der Diskussion

sind mehrere Varianten."



Ein Letztes: ganz abgesehen von den rein studententechnischen Vorschlägen wird in der gesamten Diskussion zu wenig nach grundlegenden Änderungen gefragt: Die gesellschaftliche Relevanz von Wissenschaft wird leider meist mit wirtschaftlicher Verwertbarkeit verwechselt, eine glaubhafte Auseinandersetzung mit der Gesellschaft fehlt. Nichts gegen die verstärkte Umweltforschung in Heidelberg. An einer Universität, die nichtmal die Getrenntmüllsammlung an den Instituten auf die Reihe bekommt, ist sie sicher nötig. Aber vielleicht ist bei den universitären Müllmengen erst mal die Getrenntmüllsammlung wichtiger - auch wenn es keinen Nobelpreis gibt. Solange die Verfassung der Universitäten bleibt wie sie ist, werden die Kräfte, die es an der Universität gibt, nie mitgestalten und Vorschläge einbringen können. Momentan erfahren sich Studierende primär als Objekte von Verwaltungs- und Lehrvorgängen. Wie der akademische Mittelbau, der einen Großteil der Lehre in den ersten Semestern trägt, haben Studierende nur eingeschränkte Möglichkeiten, das Lehrangebot und andere Entscheidungen mitzubestimmen. Die absolute Mehrheit in allen Gremien haben die ProfessorInnen, studentische Vorschläge werden zwar auch mal ernst genommen, meist aber nicht beachtet. Und wo wir gerade bei Umstrukturierungen sind: im Zuge der Umgestaltung der Ministerien könnte man ja kw-Vermerke für Ortleb, v. Trotha und Konsorten erwägen. [Anm.d.Red.: kw-Vermerke werden im Haushalt an den Stellen angebracht, die künftig wegfallen sollen]

Fazit: Die Überlast ist nicht das einzige Problem der Universitäten, die Antwort "kostenneutrale Studienreform" darauf ist ein schlechter Witz. Der Gipfel der Dreistigkeiten ist das Gerede vom Gipfel (zu dem VertreterInnen der Studierenden übrigens nicht geladen sind). Wenn er überhaupt kommt, wird es nicht mehr um Reformen gehen, sondern darum, Gelder zu verteilen und den Zu- und Abgang von der Universität zwecks Produktion hochwertiger "Humankapitals" zu kanalisieren. Kommt er nicht, verhindert der Verweis auf ihn jede Reform. Warten auf den Gipfel ist Warten auf Godot: Er kommt, er kommt nicht, er kommt, er kommt nicht...

Kirsten

unimut

Nr. 65

28.01.93

ZEITUNG DER

UNI HEIDELBERG

Kerstin ist tot

Fremdenhass - Ausländerfeindlichkeit
Rassismus - Antisemitismus
in Deutschland

Antifaschistin ermordet

Am Freitag, den 22.1.93 fand die 24-jährige Freiburgerin Kerstin Winter um ca. 16.15 Uhr ein Paket vor ihrer Wohnung. Das Paket war an sie adressiert. Beim Öffnen wurde Kerstin durch die im Paket befindliche Bombe schwer verletzt. Durch die Detonation wurden mehrere Scheiben der Wohnung zerstört. Der sich ebenfalls in der Wohnung befindliche Freund von Kerstin wurde glücklicherweise nicht verletzt, mußte jedoch mit einem schweren Schock in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Kerstin verstarb als ihr Freund auf die Straße lief, um Hilfe zu holen.

Kerstin, von Beruf Krankenschwester, war seit längerem in Freiburg politisch aktiv. Sie war 1. Vorsitzende des Fördervereins Subkultur, der sich für ein autonomes Jugendzentrum in Freiburg engagierte. Weiterhin kämpfte sie mit den "Punks gegen Langeweile" (PGL). Gerade, denen zufolge Kerstin sich in der Zeit gegen Drogendealer engagierte, wurden inzwischen dementiert. Besonders aktiv war Kerstin auch in antifaschistischen Zusammenhängen. In diesem Zusammenhang werden von der Freiburger Szene auch die Mörder von Kerstin vermutet. So heißt es in einer über Radio Dreyeckland verbreiteten Presseerklärung: "...ihre politische Arbeit und die Art und Weise des Mordes legen die Vermutung nahe, daß es sich um einen Anschlag von Faschisten handelt." Auch die vom Landeskriminalamt (LKA) eingerichtete Sonderkommission ermittelt u.a. in politischer Richtung. Sollte sich die naheliegende Vermutung bewahrheiten, so handelt es sich um eine weitere Dimension des faschistischen Terrors in der BRD. Es dürfte den Ermittlungsbehörden schwer fallen, den Mord als "Auseinandersetzung rivalisierender Jugendbanden" zu bezeichnen, auch die vielfach proklamierte Legende von unorganisierten, spontan handelnden Einzeltäter läßt sich wohl schwer aufrecht erhalten.

Nach dem Mord an Kerstin kam es noch am selben Abend in Freiburg zu einer Kundgebung, an der ca. 700 Personen teilnahmen. Auch in Heidelberg fand in der Nacht von Freitag auf Samstag eine spontane Demonstration statt, an der sich ca. 150 Menschen beteiligten. Einige der Teilnehmenden verließen ihrer Wut und Trauer in Form von Sprühaktionen Ausdruck. Dies nahmen die Heidelberger Polizei, bzw. der Staatsschutz zum Anlaß das ganze Wochenende über das Autonome Zentrum mit Streifenwagen und Mannschaftswagen zu überwachen und auch noch einen Tag später Personalien von BesucherInnen des AZs festzustellen. Mensch könnte fast meinen, die Polizei vermutete die MörderInnen von Kerstin im AZ in Heidelberg.

Bereits vergangenes Wochenende kam es zum ersten faschistischen Mord im Jahr 1993. So wurde in Arnstadt (Thüringen) ein 46-jähriger Parkwächter von mindestens zwei "Baby-Skins" bewußtlos geschlagen und hinterher auf eine vielbefahrene Straße geworfen. Dort wurde er von 2 Autos überrollt.

Wie erst diese Woche bekannt wurde, wurde ein 55-jähriger stark sehbehinderter Mann in einem Einkaufszentrum in Siegen so schwer geschlagen und getreten, daß er kurze Zeit später seinen Verletzungen erlag. Somit erhöht sich die makabre Totenstatistik des letzten Jahres auf 19 Menschen. Es sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, daß die ersten drei Toten des letzten Jahres, eine Familie aus Sri Lanka, bei einem Brandanschlag am 30.1.(!!) in Lampertheim ums Leben kamen.

KEIN VERGEBEN - KEIN VERGESSEN

Tobias Köhler

Fremdenhass - Ausländerfeindlichkeit
Rassismus - Antisemitismus
in
Deutschland

Dies ist nicht mein Problem?

Es hat immer viele Gründe gegeben wegzusehen, nichts zu hören und nichts zu sagen, wenn jemand bedroht wurde, z.B.:

- Ich habe damit nichts zu tun.
- Ich will davon nichts wissen.
- Ich habe davo nichts gewußt.
- Meine Meinung zählt nicht.
- Ich kann allein nichts ändern.
- Mir geht's auch nicht so gut.
- In anderen Ländern ist es nicht besser.
- Ich will mich nicht selbst gefährden.
- Laß' die anderen 'was machen.
- Früher war es auch nicht besser.
- Ich bin nur ein kleines Rädchen.
- Die Menschen sind eben schlecht.

Wer sich mit diesen und anderen Aussagen zufrieden gibt, wiederholt die Fehler der Vergangenheit.

Wehret den Anfängen!

Vorstand der Jüdischen Gemeinde, Sofienstr. 9, 6900 Heidelberg

Inhalt

Kerstin ist tot	1
Heidelberg im November	2
Wort des Jahres	3
Wer schweigt, der...	3
El Salvador	4
Frauenbüro	4
Alternativer Kaffee	5
Bildung	6
Podiumsdiskussion	7
Wagenburg	8
Kritische Tage	9
IPW-Forum	9
Termine	10
Notruf	10